

endgültigen Todesursachen bewertet, aber leider – das haben wir gerade schon gehört – meist erst etwa mit einem Jahr Verzögerung, aber dann wissen wir es. Das wissen Sie auch.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und das Max-Planck-Institut für demografische Forschung – das sind nur zwei Beispiele aus Ihren eigenen Quellen – sind laufend dabei, die Sterblichkeit und aktuell die Übersterblichkeit intensiv zu erforschen.

Es gab immer auch periodische Schwankungen. ein trauriger Höhepunkt war beispielsweise die Grippe- welle 2017/2018, die vor dem statistischen Zeitpunkt lag, den Sie hier nennen.

Die Frage ist doch nicht, welche Ursachen es gibt, sondern wie die einzelnen Ursachen zur Sterblichkeit beitragen. Aber die wesentlichen Gesundheitsgefahren sind ja bekannt und können therapiert werden: Keime, Klima und Katastrophen.

Schade, dass Sie nicht zuhören, Herr Vincentz. Das könnte für Ihre Kurzintervention nachher spannend werden.

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Sie haben das Problem, Herr Vincentz, dass Sie die Coronapandemie immer kleinreden wollen, leugnen aber auch alle anderen möglichen Ursachen für die Übersterblichkeit. Sie wirbeln jedes Mal Staub auf und rufen dann: Ich sehe nichts, ich sehe nichts!

Ihre Quellen sagen aber auch deutlich: Je höher die Impfquoten, desto geringer der Verlust der Lebens- erwartung. Danke für den Hinweis. Wir haben gerade gehört, Mitglieder Ihrer eigenen Partei behaupteten das Gegenteil.

Klar ist: Differenzialdiagnosen sind bekannt, die The- rapien dafür auch. Lassen Sie uns daher, liebe Kol- leginnen und Kollegen, unsere seelische Gesundheit nicht von der AfD kaputtmachen. Nach der Überwei- sung in den Gesundheitsausschuss lehnen wir dort den Antrag ab. – Bleiben Sie gesund!

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen Meral Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsi- dent! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Dieser Antrag ist mal wieder ein Beispiel dafür, wie sich die AfD selektiv Informationen heraussucht und Panik schürt, um daraus politischen Profit zu schla- gen.

(Beifall von der SPD)

Was haben wir hier im Plenum nicht schon für Schre- ckensszenarien gehört, die die AfD aufspannt! Es ging etwa darum, ob uns in der Forschung das Licht

ausgeht, ob wir den nächsten Blackout in Kranken- häusern haben. Oder es ist von der Geiselhaft der Energiewende die Rede. Unternehmen – das haben wir heute Vormittag gehört – werden hier in NRW an- geblich aus dem Land gejagt. Und dass wir hier alle in Coronahysterie verfallen, haben wir gestern Nacht noch gehört.

In diesem Antrag wird das Schreckensgespenst der Übersterblichkeit in Deutschland an die Wand ge- malt, und das auf Basis dünner Fakten und fragwür- diger Vergleiche. Das haben Herr Blöming und Herr Bakum eben schon erwähnt.

Vizepräsident Christof Rasche: Entschuldigung! Es liegt eine Zwischenfrage von Herrn Loose aus der AfD-Fraktion vor.

(Rodion Bakum [SPD]: Bitte nicht!)

Meral Thoms (GRÜNE): Nein.

Vizepräsident Christof Rasche: Okay.

Meral Thoms (GRÜNE): Die Menschen hier in NRW können sich auf eines der besten Gesundheitssys- teme der Welt verlassen. Wir raten Ihnen: Lassen Sie die Wissenschaft ihre Arbeit seriös machen, miss- brauchen Sie einzelne Statistiken nicht für Ihre Corona-Vergangenheitsbewältigung.

(Beifall von den GRÜNEN und von Rodion Ba- kum [SPD])

Selbstverständlich werden auch wir den парла- mentarischen Gepflogenheiten folgen und einer Überwei- sung des Antrags in den Fachausschuss zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Bianca Winkel- mann [CDU])

Vizepräsident Christof Rasche: Jetzt liegt die An- meldung einer Kurzintervention des Kollegen Loose vor. Möchten Sie die gerne vom Platz aus beantwor- ten? – Okay, sehr gerne. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsi- dent! Dass diese Rede gerade von einer Partei kommt, die jeden Tag Panik mit Kippunkten und Kli- makatastrophen auf der Welt macht, ist schon sehr erstaunlich.

Sie sagten, man warnte vor Blackouts etc. Ich weiß nicht, ob Sie aus dem schwarz-grünen Ländle Ba- den-Württemberg die App StromGedacht kennen. Die warnte gestern davor, zu viel Strom zu verbrau- chen. Die Ampel ging auf Rot, meine Damen und Herren. Zwischen 14 und 15 Uhr wurde empfohlen,

keine Haushaltsgeräte mehr zu benutzen, weil der Strom nicht mehr ausreicht. Man musste aus der Schweiz massiv Strom zu hohen Preisen importieren. Und Sie wollen uns ernsthaft erzählen, dass wir keine Stromausfallgefahr haben, meine Damen und Herren? – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Kollegin Thoms, bitte.

Meral Thoms (GRÜNE): Die Intervention war entlarvend. Ich habe in meiner Rede alles gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Yvonne Gebauer spricht nun für die FDP-Fraktion.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, alle von Ihnen hier kennen den Spruch: Es ist schon alles gesagt, nur nicht von jedem. – Ich werde mich an dieser Stelle für die Freien Demokraten vollumfänglich den Ausführungen meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern anschließen.

(Rodion Bakum [SPD]: Nicht vom ersten!)

Ein Hinweis noch an die AfD-Fraktion: Es ist schon entlarvend, mit welchen Worten Sie hier die Ängste in der Bevölkerung schüren wollen. Das ist ein Spiel, das wir als demokratische Fraktion schon längst durchschaut haben. Dem schließen wir uns nicht an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Es spricht nun Minister Karl-Josef Laumann für die Landesregierung.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag fordert die AfD eine Studie zum Thema „Übersterblichkeit“ ein, insbesondere im Hinblick auf die Folgen der Coronapolitik. Zudem sollen Vorsorge und Vorsorgeangebote in diesem Zusammenhang näher beleuchtet werden.

Hintergrund des Antrags ist eine Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15. November dieses Jahres. In dieser Pressemitteilung berichtet das Statistische Bundesamt auf Basis vorliegender Daten über eine Entwicklung der Sterbefallzahlen. Es ist richtig: Die Sterbefallzahlen lagen in diesem

Jahr in jedem einzelnen Monat über dem Mittelwert der Jahre 2018 bis 2021.

Das Statistische Bundesamt führt dazu verschiedene Ursachen an. Anders als im Antrag dargestellt, gehört dazu im laufenden Jahr die weiterhin beträchtliche Zahl der Coronatoten. Knapp 40.000 Coronatodesfälle haben wir in diesem Jahr in Deutschland bis Anfang November bereits registriert.

Zu berücksichtigen sind aber auch die Hitze, die Trockenheit im Sommer des Jahres. Auch sie haben natürlich Menschenleben gefordert, genauso wie die frühen und hohen Fallzahlen der Atemwegserkrankungen.

Dass sich ein Verzicht auf Vorsorgeuntersuchungen während der Pandemie bereits jetzt in den Todesfallzahlen bemerkbar macht, wie es im Antrag suggeriert wird, halte ich für fragwürdig.

Ein genaues Bild werden wir bekommen, wenn das Statistische Bundesamt seine offizielle Todesursachenstatistik für das Jahr 2022 vorlegt.

Es lässt sich damit abschließend feststellen: Wir haben keine besondere Erkenntnislücke, und wir haben keine Hinweise darauf, dass die pandemiebedingte geringere Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen oder die medizinische Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu mehr Todesfällen geführt haben. Deswegen kann man den Antrag beruhigt ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank.